

Sehr geehrter Herr Kollege Peumans,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Sehr geehrter Damen und Herren, liebe Gäste,

im Namen des Parlaments heiÙe ich Sie sehr herzlich willkommen zum Festakt anlässlich des Festtages der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es freut und ehrt uns zugleich, dass so viele Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft heute Abend den Weg nach Eupen ins Kloster Heidberg gefunden haben.

Es untermauert den Anspruch der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eine offene Gemeinschaft zu sein. Eine Gemeinschaft die nach innen auf eine enge Zusammenarbeit mit all ihren Institutionen, ihren Gemeinden und ihren gesellschaftlichen Vertretern baut und eine Gemeinschaft die nach Außen Kooperationen und Freundschaften mit Partnern sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland sucht und pflegt. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir heute Abend eine Delegation aus dem Allgäu zu Gast haben, die sich im Rahmen der Alpentage und eines Austauschs unserer beiden Regionen in der DG aufhält. Angeführt wird die Delegation von ihrem Landrat Anton Klotz – seien Sie allesamt herzlich willkommen.

Dass die DG eine weltoffene Gemeinschaft ist, wurde im vergangenen Jahr m.E. durch einen besonderen Aspekt untermauert. Als uns die Nachricht erreichte, dass im Militärlager Elsenborn über 500 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, trat dies in Ostbelgien eine große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft los. Natürlich gab es in der Bevölkerung auch Befürchtungen und Ängste, die es ernst zu nehmen galt. Natürlich gab es auch Probleme und besondere Herausforderungen für die Behörden, insbesondere für die Gemeinde Bütgenbach. Die Menschen in Ostbelgien aber haben sich nicht von Angstmacherei treiben lassen, sie haben sich nicht gegen notsuchende Menschen aufwiegeln lassen und sie haben sich nicht an Protestaktionen gegen ganze Volksgruppen beteiligt. Im Gegenteil, die Menschen in Ostbelgien haben Solidarität bewiesen und Hilfsbereitschaft aktiv gelebt, so sehr, dass es schon fast zu viel des Guten war. Natürlich sind mit der Schließung der Flüchtlingsunterkünfte in Elsenborn weder die Flüchtlingsursachen behoben, noch ist die Integration der Flüchtlinge beendet, im Gegenteil. Die Art und Weise aber, wie die schutzsuchenden Menschen in Ostbelgien, sei es nun in Elsenborn, Manderfeld, Eupen oder sonst wo, von den Ostbelgiern empfangen wurden und werden macht mich stolz auf unsere Region und ihre Bürger.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Festtag der DG ist immer wieder auch eine Möglichkeit für uns Deutschsprachige unsere Vorstellungen zur eigenen Zukunft zu artikulieren. In der DG herrscht in dieser Frage ein sehr breiter, über die Grenzen von Mehrheit und Opposition hinaus gehender Konsens. Eine siebte Staatsreform wird kommen und was auch immer sie uns beschert, wir wollen in einem föderalen Belgien ein gleichberechtigter Gliedstaat, auf Augenhöhe mit Flamen, Wallonen und Brüsselern sein und bleiben. Darüber hinaus betrachten wir es als notwendig sämtliche föderalisierten Kompetenzen, ob sie nun Gemeinschafts- oder Regionalkompetenzen sind, in die Hände der Deutschsprachigen zu legen. Das schafft Kohärenz, ermöglicht maßgeschneiderte Politik und wird die Staatsstruktur vereinfachen. Vereinfachung des Staatsapparats ist in Belgien dringend notwendig. Ein Bürger der DG hat es innerhalb Belgiens mit gleich fünf Verwaltungsebenen zu tun: die Gemeinde, die Gemeinschaft, die Wallonische Region, der Föderalstaat und die Provinz. Wir müssen weg von dieser Komplexität und die Dinge vereinfachen. Drei Ebenen reichen für die Bürger der DG vollkommen aus: die Gemeinde, die Gemeinschaft und der Föderalstaat. Die DG ist denn auch, wie es im breiten Konsens heißt, bereit gewillt und in der Lage, mit jeweils angemessenen Finanzen oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten auszuüben, die in Belgien an die Gliedstaaten übertragen wurden oder noch übertragen werden. Wir arbeiten an diesem Ziel. Der zuständige Ausschuss des Parlamentes hat, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialrat, damit begonnen sich mit der Weiterentwicklung unserer Autonomie zu beschäftigen. Wir schmieden also Pläne für unsere eigene Zukunft. Eine wichtige Arbeit, wie ich finde, denn die Deutschsprachigen sind nicht die Architekten des föderalen Hauses Belgien. Umso wichtiger ist es eine klare Vorstellung zu haben, wenn an diesem Haus Umbauarbeiten beginnen. Wir wollen und wir werden auf diese Umbauarbeiten vorbereitet sein.

Werte Gäste,

ich möchte noch auf ein weiteres Tätigkeitsfeld des Parlaments zu sprechen kommen. Bei meiner Antrittsrede im September dieses Jahres habe ich meine Präsidentschaft unter das Motto „Demokratie neu denken“ gestellt. Demokratie neu denken, angesichts der Veränderungen der Zeit in der wir leben. Dazu gehören Entwicklungen wie die Digitalisierung, die zunehmende Komplexität der Welt und damit auch der Politik sowie der um sich greifende Populismus. Wenn wie in den USA, ein Mann zum Präsidenten gewählt wird, der frauenfeindliche Parolen ausgibt, der gegen Volksgruppen hetzt, der glauben machen möchte, dass der Klimawandel eine Erfindung der Chinesen sei um die US-Wirtschaft wettbewerbsunfähig zu machen, der ankündigt Mauern bauen zu wollen, der Militärausgaben massiv erhöhen möchte und der allen Ernstes sagt, dass Belgien eine wunderschöne Stadt sei und wenn zudem dieser Mensch dann von Sinnesgenossen auch

noch als eine kleines Übel bezeichnet wird, wenn auch in Europa Parteien und Politiker Aufwind erfahren, die Menschen pauschalisieren und auf ihre Rasse und Kultur reduzieren, denen jede Lüge recht ist um ihr Wahlziel zu erreichen, wenn Menschen gewählt werden, für die die Zukunft der Welt eine Mauer zwischen einzelnen Staaten ist, aus Angst vor Kriminalität und Flüchtlingsströmen, wenn all das Realität ist,

ja dann ist der Populismus nicht mehr nur eine aufziehende Gefahr am Horizont, sondern dann hat er sich längst wie ein Schatten auf unsere Demokratie gelegt. Es wird Zeit, dass die etablierten demokratischen Parteien neue Wege der Demokratie gehen um Demokratie erlebbar sowie demokratische Entscheidungen für die Menschen greifbar machen. Das bedeutet keinesfalls, dass die repräsentative Demokratie abgeschafft werden soll. Es bedeutet auch nicht, dass für jedes Kinkerlitzchen Volksbefragungen durchgeführt werden müssen. Nein, Volksvertreter müssen auch in Zukunft entscheiden und Verantwortung dafür tragen. Was es aber m.E. bedeutet ist, dass die repräsentative Demokratie ergänzt werden muss. Wir müssen die Bürger mitnehmen und sie mehr einbinden. Die Zeiten von Zuschauerdemokratie, in der die Bürger nur alle fünf oder sechs Jahre zu einer Wahl gerufen werden sind vorbei. Da reicht es als Parlament auch nicht mehr aus nur ein offenes Haus zu sein und darauf zu warten, dass der Bürger sich dorthin begibt. Wir müssen als Volksvertreter aus unseren Parlaments- und Regierungsgebäuden heraus und auf die Menschen zugehen. Wir müssen in den direkten Dialog treten und dabei insbesondere die Jugend in den Fokus nehmen. Ein erster Schritt wurde bereits im Parlament unternommen indem die großenteils ehrenamtliche Arbeit sämtlicher Räte der Gemeinschaft in Zukunft systematischer in die Parlamentsarbeit eingebunden wird. Wir werden uns aber auch mit neuen Formen des Dialogs beschäftigen und es freut mich, dass der Rat für Erwachsenenbildung uns dabei unterstützen möchte, das sind gute Vorzeichen.

Werte Damen und Herren,

in einer Demokratie ist jeder gefordert etwas beizutragen. Da die Ostbelgier engagierte Menschen sind, die in einer kleinen, aber autonomen Gemeinschaft leben, haben wir ideale Voraussetzungen hier Demokratie neu zu denken und zu leben. Ich bin daher der festen Überzeugung, dass wir in dieser Frage in Ostbelgien mit gutem Beispiel voran gehen können.

Man sieht sich also.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Alexander Miesen

Präsident